

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 17.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover, Sonnabend, den 19. August 1893.

Inserate kosten pro einpaltige Zeile oder deren Raum 10 Pf. Offerten-Aannahme 10 Pf. Redaktion und Verlag: Klostergang 4 A.

2. Jahrg.

## Internationaler sozialistischer Arbeiter-Kongress in Zürich.

6. August 1893.

Der Internationale sozialistische Arbeiter-Kongress hat am 6. d. M. seinen Anfang genommen. Die Stadt Zürich zeigte deshalb reges Leben, überall sieht man Arbeiter mit rothen Abzeichen und rothen Blumen im Knopfloch durch die Straßen ziehen. Die Verhandlungen des Kongresses finden in der „Tonhalle“, dem Musiksaal Zürichs, statt. Der Saal ist der Veranstaltung entsprechend ausgeschmückt. Die Rednertribüne wie der Tisch des Büreaus sind mit rothem Tuch geschmückt. Die hintere Schmalwand ziert das lebensgroße Portrait von Karl Marx, an der Brüstung der Gallerie sieht man in 16 verschiedenen Sprachen, auch in hebräischen, russischen und griechischen Lettern den Wahrspruch Karl Marx' „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Die Beteiligung am Kongress ist eine sehr starke; es sind ca. 600 Delegierte in Zürich eingetroffen.

Seitens der meisten Nationen sind gedruckte Berichte über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Staaten herausgegeben worden.

Nachdem um 9 Uhr die einzelnen Nationen zu Vorbesprechungen zusammengetreten waren, wurde um 10 Uhr der Kongress eröffnet. Karl Wörlich begrüßte die Erschienenen und erklärte den Kongress für eröffnet.

Der Kongress beruht zunächst die Geschäftsordnung, die nach dem Vorschlag angenommen wurde. Ferner wurde beschlossen, daß jede Nation zwei Vertreter in's Bureau entsendet. Damit erreicht die Vormittags-Sitzung ihr Ende.

Die Tages-Ordnung dürfte folgendermaßen genehmigt werden:

- I. Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.
- II. Gemeinsame Bestimmungen über die Meisterei.
- III. Die politische Taktik der Sozialdemokratie:
  - a) Parlamentarismus und Wahlkandidatur;
  - b) direkte Gesetzgebung durch das Volk.
- IV. Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle.
- V. Schutz der Arbeiterinnen.
- VI. Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften.
- VII. Internationale Organisation der Sozialdemokratie.

Morgen wird das Resultat der Mandatsprüfungen, die von den einzelnen Nationen heute vorgenommen sind, veröffentlicht werden.

Nachmittags fand ein imposanter Festzug der Gewerkschaften statt, der anderthalb Stunden währte. Unter freiem Himmel vor dem Kantonsstuhlhause fand dann eine von 10000 Personen besuchte Versammlung statt. Greulich-Zürich, Popson-Sheffield, Volbers-Brüssel und Aug. Bebel hielten Ansprachen, die stürmische Begeisterung weckten.

7. August 1893.

Die heutigen Verhandlungen werden von Greulich-Zürich eröffnet, der den Vorschlag macht, den Präsidentensitz am ersten Tage einem Deutschen, am zweiten einem Franzosen, am dritten einem Engländer, am vierten einem Belgier, am fünften einem Oesterreicher, am sechsten einem Italiener einzuräumen. Der Vorschlag wird widerspruchslos genehmigt und als erster nimmt Paul Singer den Präsidentensitz ein.

Zum zweiten Vorsitzenden wird Agrippades Paris ernannt. Eine in Brüssel stattgehabte Konferenz hat Bestimmungen über die Zulassung zum Kongresse beschlossen, deren erste lautet: „Zugelassen zum Kongress werden alle Arbeiter-Gewerkschaften; ferner die sozialistischen Parteien und Vereine, die die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisation und der sozialistischen Aktion anerkennen.“ Durch Annahme dieses Beschlusses würden die sogenannten Unabhängigen Sozialisten, die die politische Aktion verneinen, von der Theilnahme des Kongresses ausgeschlossen sein. Aktuell wird die Frage besonders für die deutschen Delegierten durch die Anwesenheit der „Unabhängigen“ Werner und Landauer-Berlin, des Elberfelder „Unabhängigen“ Prahl und der deutschen „Unabhängigen“ in Zürich Cahau, Konemann und Pawlowitsch. Die Deutschen haben gestern nach einer mehrstündigen, oft recht stürmischen Sitzung im Sinne der deutschen Mandatsprüfungskommission beschlossen, diese Unabhängigen nicht zuzulassen. Der Beschluß wurde den Deutschen leichter gemacht, als sich die Unabhängigen zum „sozialistischen Anarchismus“ bekamen. Die Unabhängigen rufen die Entsendung des Pleenums des Kongresses an und der Kongress tritt in die Verathung darüber ein, ob der erwähnte Beschluß der Brüsseler Vor-Konferenz zu Recht bestehen soll.

Kunfer-Paris bitte die Worte „und der politischen Aktion“ zu streichen: er will es allen Sozialisten ermöglichen am Kongress theilzunehmen und würde es im höchsten Grade bedauern, wenn hier Arbeitervertreter ausgeschlossen würden.

Hunter Watts-London erklärt Namens der englischen Delegation, daß diese mit dem Wortlaut der Brüsseler Einverständnis sei, ihn aber die weiteste Auslegung zu geben wünsche. Es sollen alle Delegierten zugelassen sein, wenn sie gewerkschaftliche Vereine vertreten, die persönliche Ueberzeugung komme nicht in Betracht, der Gewählte möge Anarchist sein oder nicht. Darauf komme es an, ob diejenigen, welche ihn gewählt haben, Anarchisten seien oder nicht.

Bonnier-Paris beantragt Namens der französischen Minorität en bloc-Aannahme des Beschlusses. Die Anarchisten seien entweder agents provocateurs oder Dummköpfe. (Lebhafter Beifall.)

Landauer-Berlin stimmt im Wesentlichen mit der französischen Majorität überein.

Webel, Adler, Edwards u. a. beantragen, dem Brüsseler Beschluß hinzuzufügen: „Unter politischer Aktion ist verstanden: Benutzung der politischen Rechte und der Gesetzgebungsmaschinerie.“

Cornelissen-Holland ist gegen jede Ausschließung. Wir sind hier zusammen, um uns zu vereinigen und nicht um die Kezzer auszuschließen. Die gesamten holländischen Delegierten sind dieser Ansicht.

In der Nachmittags-Sitzung, die wieder von Singer geleitet wird, soll in der am Vormittag begonnenen Diskussion fortgefahren werden. Es werden von mehreren Seiten (England, Belgien) Schlusanträge gestellt. Die Franzosen sprechen lebhaft. Der Beschluß wird aber mit großer Mehrheit angenommen. Die Franzosen demonstrieren heftig dagegen, und nur das große Gesicht des Vorsitzenden in der Versammlungsleitung macht ein Weiterhandeln möglich. Die Abstimmung erfolgt auf Antrag nach Nationalitäten. Die belgische Delegation beantragt, den Beschluß der Brüsseler Konferenz ohne alle Amendements anzunehmen. Für den Wortlaut des Beschlusses der Brüsseler Konferenz erklären sich alle Nationen, die meisten einstimmig. Dagegen stimmen nur Spanien, sowie keine Minderheiten der österreichischen, englischen und französischen Delegationen. Es folgt die Abstimmung über den Zusatzantrag Bebel, der das Wort „politische Aktion“ interpretirt. Die Abstimmung erfolgt wieder nach Nationalitäten. Der Zusatzantrag

Webel wird angenommen. Es stimmen 12 Nationen dafür, Belgien, Frankreich und Holland enthalten sich der Abstimmung. Spanien stimmt dagegen. Im Saale entsteht großer Tumult, der durch die Unabhängigen und Anarchisten hervorgerufen wird. Wilhelm Werner schreit in den Saal: „Ich protestire gegen die Bezeichnung Arbeiterkongress“, worauf der Tumult noch größer wird. Born an der Thür kommt es zu minutenlangem, heftigen Szenen. Rufe „Raus“ werden laut. Die Unabhängigen werden mit den Delegierten an der Thür handgemein, schließlich werden Wilhelm Werner und seine Genossen an die frische Luft befördert und die Ruhe wird allmählich wieder hergestellt. Grimpe Elberfeld ist u. a. blutig geschlagen worden und mußte verbunden werden. Der Tumult entstand folgendermaßen: Werner und Landauer erklärten, sie wollten den Kongress verlassen. Man erwiderte ihnen, sie sollten ihre Worte doch endlich wahr machen, und es begann ein heftiges Drängeln. Die Reibereien wurden heftiger und die Unabhängigen Zürichs, die zahlreich auf der Gallerie waren, stürzten von der Gallerie in den Saal und hieben mit Knütteln drein.

Degan-Paris erklärte, warum Frankreich nicht mit abgestimmt hat. Das französische Proletariat sei hier in seiner Gesamtheit und allen Schattierungen vertreten. Wenn man schreibe, „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“, so sei es ein Mißgriff, solche Szenen, wie die eben erlebten, zu provozieren.

Der Kongress tritt nun in die Verathung der Tagesordnung ein.

8. August 1893

Aus der gestrigen Sitzung ist nachzutragen, daß die Tagesordnung in der vorgelegten Form angenommen wurde.

Mile-Rumänien stellt den Antrag, die Agrarfrage, die für Rumänien brennende Bedeutung habe, mit auf die Tagesordnung zu setzen. Der Züricher Kongress mußte sich damit beschäftigen, weil der Brüsseler Kongress diese Frage dem Züricher Kongress zugeschoben habe. Der Antrag ist unterstützt von Serbien, Bulgarien, Italien, Spanien, Holland. Der Antrag wird angenommen. Von der französischen Delegation wird beantragt, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung zu setzen. Es wird nach Nationalitäten abgestimmt. 12 Nationen stimmen dafür, 6 dagegen, eine Stimme enthält sich der Abstimmung. Die Frage wird also verhandelt werden.

In der heutigen Sitzung führt Agrippades-Paris den Vorsitz. Er erklärt Namens der französischen Delegation, daß viele es gern gesehen hätte, wenn neben dem Bildniß von Marx auch die Bildnisse von Fourier, St. Simon und Blanqui, den Begründern des menschlichen Sozialismus, den Saal schmücken würden.

Von den Unabhängigen ist ein Schreiben eingelaufen, in dem sie gegen die Bezeichnung Arbeiterkongress und die ungerade brutale Behandlung, die ihnen angeblich zu Theil geworden, protestiren. Sie beklagten sich auch besonders darüber, daß der Kongress nicht in die Prüfung der von der deutschen Delegation angebotenen Mandate eingetreten sei und bezeichnen dies Verfahren als nach der Geschäftsordnung ungesetzlich und aller Gerechtigkeit Poln sprechend. Das Schreiben erweckt Heiterkeit. Die revolutionären Kräfte (Lamproff) haben dem Kongress eine Sympathie-Adresse geschickt. Sie bitten, zu entschuldigen, daß sie sich aus naheliegenden Gründen nicht vertreten lassen können und wünschen, daß die Agrarfrage verhandelt werde, die für Rußland von hoher Bedeutung sei. Sie ständen auf den Boden der Internationalität. Die Adresse schließt: „Es lebe die rothe Fahne und die internationale revolutionäre Sozialdemokratie.“

## Die zerbrochene Postkutsche.

Novelle von A. Otto-Walster.

6) (Nachdruck verboten.)

„Er meinte wohl, die damalige Welt, den damaligen Staat.“

„Und unser heutiger Staat, meinen Sie, ist ganz nach Christi Lehren eingerichtet?“

„Das behauptet Keiner von uns, aber man muß dem Staate Rechnung tragen, weil er vieles kann, was wir nicht können.“

„Entschuldigen Sie mich nur, Herr Pastor; ich bin ein junger Kandidat, aber wir haben als Studenten viel disputirt, und da wurde gemeint, daß zwischen dem, was der christliche Staat thut, und dem, was die christliche Lehre befiehlt, ein unheilbarer Widerspruch besteht.“

„Vielfach ja, aber...“

„Und daß es der unfeligste Fehler unseres Martin Luther gewesen, eine Ehe zwischen Staat und Kirche einzugehen.“

„In gewisser Beziehung...“

„Wo der Staat der Mann und die Kirche die Frau, in Wirklichkeit aber die Magd geworden, die sich schließlich immer zu fügen hatte.“

Die Beiden waren während dieses Gespräches bis zum Pfarrhaus gekommen, und als der junge Mann sich vor dem Eintritt in die Halle wendete, um dem Hausherrn mit einer Verbeugung den Vortritt zu überlassen, blieb dieser einen Augenblick stehen und sagte:

„Junger Freund, was Sie da mit Ihren Studiengenossen disputirt haben, war oft auch ein Gegenstand der Diskussion unter meinen Studienfreunden; mehrere von ihnen sind ihrem Kopfe nachgegangen und sind schließlich dabei verstorben oder verdorben. Wir sind den sichereren Weg, den uns der Staat gezeigt, gegangen, und, wie ich nun aus meiner Berufung ersehe, ist meine Carriere noch nicht ab-

geschlossen. Zwischen der organisirten, mit allen Mitteln ausgerüsteten Staatsgewalt und einer unorganisirten, unzufriedenen Menschenmenge kann ein verständiger Mensch nicht lange schwanken. Sie, wie ich sehe, schwanken noch zwischen Ihren Idealen und der praktischen Nothwendigkeit; hoffentlich gelingt es mir, Sie auf die richtige Bahn zu bringen, bevor Sie uns verlassen. Jetzt, kommen Sie, das Mittagessen wartet.“

Die Suppe war aufgetragen, als unser Kandidat zum ersten Male das Speisezimmer seines Patrons betrat. Am Liebsten wäre er hinausgestürzt, so voll war ihm das Herz. Vielleicht hätte er auch sie sehen können, deren Bild ihm fortwährend vor Augen schwebte. Appetit fühlte er bei dieser Stimmung schlechterdings nicht.

„Sie essen ja garnicht, Herr Kandidat,“ rief da plötzlich eine sanfte Stimme, die ihn aufblicken machte.

Und da stand sie hinter ihm mit einer Fleischschüssel in der Hand!

Eilig reichte er den Suppenteller zurück, wobei er den Präsentirteller halbwegs überfluthete, und setzte die Fleischschüssel vor sich hin, als wäre sie allein nur für ihn bestimmt.

„Wollen Sie die Fleischschüssel nicht weiter geben, nachdem sie sich bebient haben?“ fragte die Frau Pastorin, als sie den Kandidaten ganz geistesabwesend sah.

„O gewiß, bitte,“ rief der Gemahnte und stieß beirathigen Hinüberreichen Del- und Essigflache um.

Die Tischgäste, zu denen, außer Familienmitgliedern, auch der noch unverheirathete Schullehrer und zwei Geistliche aus den nächstliegenden Pfarrorten nebst Gattinnen gehörten, sahen einander verwundert an, lächelten und schüttelten die Köpfe.

Der Pastor fühlte sich daraufhin gedrungen, seinen Amtsbrüthern mitzutheilen, welcher Art das Gespräch gewesen, welches er auf dem Wege von der Kirche mit seinem Gaste gepflogen, um dadurch die auffällige Zerstretheit

des Letzteren als eine für einen am Anfang seiner Laufbahn stehenden Theologen sehr erklärlich erscheinen zu lassen. Das gab nun gleich dem Tischgespräch eine bestimmte Richtung, obwohl dabei sehr wenig Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten, weil man auf allen Seiten die Ueberzeugung äußerte, daß die frühere, in unseren Tagen aber fast allenthalben zum Schweigen gebrachte radikale Strömung innerhalb der protestantischen Geistlichkeit vielfach zur Freigeisterei, wenn nicht gar Unkirchlichkeit und zum Unglauben in weiteren Kreisen der Laienwelt, zur „Dissentirerei“, wie einer der Herren sich ausdrückte, und indirekt auch zur Großziehung der alle Autorität anfeindenden, anstürzlerischen Sozialdemokratie beigetragen habe, weshalb gegenwärtig mehr als je an die Geistlichkeit die Pflicht heranträte, sich die möglichste Enthaltensamkeit bezüglich ihres Forschungs- und Diskutirens aufzulegen, vielmehr die festgestellten Glaubenssätze als ein untrennbares, nach keiner Richtung abänderbares Ganze anzusehen und Jeden, der auch nur an dem kleinsten Theile desselben rütteln zu wollen sich unterfangen sollte, als einen Feind der Kirche zu behandeln. Nicht minder entschieden sprach sich auch die Meinung aus, daß für die protestantische Geistlichkeit der Staat in seiner gegenwärtigen Verfassung die einzige zuverlässige Stütze bilde, weshalb sich für den Geistlichen die Pflicht ergebe, den Staat in seiner gegenwärtigen Regierung mit allem Eifer und allen intellektuellen, wie materiellen Kräften gegen alle inneren Feinde, selbst unter Aufopferung berechtigter Wünsche und Niederschlagung gerechter Zweifel und Bedenken zu stützen und zu verteidigen.

Unserem Kandidaten wurde das Anhören dieses Gesprächs um so peinlicher, als von Zeit zu Zeit Blicke auf ihn fielen, welche nur zu deutlich den Wunsch verriethen, auch von seiner Seite eine Meinungsäußerung zu vernehmen oder wenigstens ein Zeichen der Zustimmung zu erlangen.

(Fortf. folgt.)

Auf Antrag Oesterreichs beschließt der Kongress eine Sympathie-Erklärung für die streikenden englischen Bergarbeiter. Es soll auch eine Kollette veranstaltet werden. Richard dankt im Namen der englischen Delegation.

In der Kollette beiläufig sich die deutsche Delegation mit Frau Frank. Ein Delegierter aus St. Petersburg erklärt, daß die russischen Sozialisten ungerecht alle Schwierigkeiten doch einen Vertreter zum Kongress entsandt haben.

Walter von dem stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Der Kongress beschließt mit großer Majorität Uebergang zur Tagesordnung.

Es werden Begrüßungstelegramme, die in großer Zahl aus allen Theilen der Welt, auch aus Amerika und Australien eingegangen sind, verlesen.

Itzehab Spanien giebt die Erklärung ab, daß die Spanier nur weil sie den Befehl zum Aufstand nicht verstanden hätten, dagegen gestimmt haben. Sie hätten einen bestigen Aufstand vor den Anarchisten. (Lebhafte Beifall.)

Es erfolgen die Berichte der Mandatsprüfungskommission. Walter-London fragt an, in welcher Weise die von den Deutschen ausgeschlossenen Delegierten nicht den Bedingungen der Annahme entsprechen haben.

Meiß-Offenbach erwidert im Namen der Mandatsprüfungskommission, daß die Deutschen die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zu ihren eigenen gemacht hätten, und nur die zugelassen hätten, die den Bedingungen des Brüsseler Beschlusses entsprächen. Die Deutschen sind nicht gewillt, sich Elemente, die ihnen feindlich gesinnt seien, aufzunehmen zu lassen. (Beifall.)

Eine Reihe von Nationen (Belgien, Türkei, Belgien u.) beantragen, den im Wahlkampf stehenden Franzosen die Sympathie des Kongresses in einer Resolution auszusprechen. Der Kongress beschließt demgemäß.

Schluss der Vormittagssitzung.

In der Nachmittagsitzung beantragen die Engländer eine Resolution, in welcher die Friedfertigkeit der Völker betont wird im Hinblick auf die flammenden Unruhen, die von den Bourgeoisitäten bewirkt würden, Engländer und Franzosen auf einander zu hetzen.

Die Resolution wird unter lebhaften Beifall per Affirmation angenommen.

9. August 1893.

Auf Antrag Debels wurde beschlossen, am Mittwoch Vormittag die Kommissionen über die einzelnen Punkte der Tagesordnung beraten und die Plenarsitzung ausfallen zu lassen.

Am Dienstag Abend fand eine Versammlung der Züricher Unabhängigen und Anarchisten statt, die von den ausgeschlossenen Delegierten einberufen worden war. Zu den ausgeschlossenen Anarchisten hatten sich Willes-London und die holländischen Delegierten unter Führung von Domela Nieuwenhuis gestellt, von den Franzosen war niemand erschienen. Wilhelm Werner hielt die Eröffnungsrede und kämpfte auf das marxistische Dogma und die Fraktion. Interessant wurden die Verhandlungen durch das Eingreifen des holländischen Sozialdemokraten Arvelet Troelstra Amsterdam, der als Gegner der Nieuwenhuis'schen Taktik für die deutsche Sozialdemokratie eintrat.

Heute Vormittag tagten die verschiedenen Kommissionen und verchiedene sind bereits mit ihrer Arbeit fertig geworden. Die Kommission, welche die Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages" beriet, hat mit allen gegen die Stimmen der Franzosen die folgende Resolution vereinbart:

Der Kongress erklärt:

Der Achtstundentag ist eine der wichtigsten Vorbedingungen der eifrigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitaljoch und die wichtigste Maßregel zur Verbesserung ihrer Lage.

Durch den Achtstundentag wird die Arbeitslosigkeit geringer, die Arbeitsfähigkeit größer, der Lohn höher und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes stärker.

Durch den Achtstundentag wird das vom Kapitalismus gestörte Familienleben gehoben und eine bessere Fürsorge für die Kinder ermöglicht.

Durch den Achtstundentag steigt die Gesundheit, Kraft, Intelligenz und Sittlichkeit des Volkes.

Durch den Achtstundentag gewinnt die Arbeiterklasse Zeit zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation und Thätigkeit; die politischen Rechte und Freiheiten können erst dann für die soziale Befreiung des Volkes recht nutzbar und wirksam werden.

Der Kampf für den Achtstundentag muß in allen Ländern geführt werden, denn nur die internationale gesetzmäßige Durchführung des Achtstundentages sichert seinen Bestand und seine segensreiche Wirksamkeit.

Als Mittel zur internationalen Durchführung des Achtstundentages empfiehlt der Kongress die

gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Grundlage und die Agitation und Propaganda für den Achtstundentag durch die Organisationen

Die Agitation für den Achtstundentag soll betrieben werden durch Flugblätter, durch Vorträge, durch die sozialistische Presse, durch Demonstrationen, in Versammlungen und in den politischen Körperschaften, in Parlamenten, Staats- und Gemeindebehörden aller Art. In der sozialistischen Presse sind unter einer lebhaften Rubrik „Achtstundentag“, alle Thatsachen oder Vorschläge für den Kampf zu verzeichnen, und in den politischen Körperschaften sollen die Vertreter der Arbeiter von Zeit zu Zeit Anträge auf Berücksichtigung der Arbeitszeit stellen, besonders für die von Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter.

Die sozialistischen Vertreter der nationalen Parlamente sollen sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung verständigen und die Regierungen aller Industrielande zu einer internationalen Konferenz veranlassen.

Die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter hat den außerordentlichen freien Kampf mit dem Unternehmerthum für den Achtstundentag zu führen, um dadurch der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für die ganze Arbeiterklasse den Weg zu bereiten.

Diese Resolutionen bilden den ersten Gegenstand der Verhandlungen der beabsichtigten Nachmittagsitzung, die unter dem Vorsitz des Engländers Hodges, Mitglied der parlamentarischen Komittees, stattfinden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommission (die oben mitgetheilte Resolution) angenommen.

Die Kommission zur Beratung der „gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter“, in der zehn Nationen vertreten waren, hat den folgenden Antrag vereinbart:

„Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.“

Zehn Nationen stimmten für diese Resolution, drei Nationen dagegen.

Die Kommission, welche die Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle berathen und unter dem Vorsitz von Singer getagt hat, hat den Antrag der Deutschen, der folgendermaßen lautet, mit großer Majorität angenommen:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus schon bestimmt. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufheben aller Kräfte den chauvinistischen Götzen der herrschenden Klassen einzusenken, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unerschütterlich auf die Befreiung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager getheilt hat und die

Völker gegen einander hebt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“

Abgelehnt wurde ein Antrag der Polen und Russen auf Uebergang zur Tagesordnung, weil die Stellung der Sozialdemokratie zur Kriegsfrage allbekannt sei, ebenso der folgende Antrag der Holländer:

„Der Kongress beschließt, die internationale Arbeiterpartei einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich auf eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu antworten, überall da, wo die Arbeiter einen Einfluß auf den Krieg ausüben können, und in den fraglichen Ländern die Kriegserklärung zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung.“

10. August 1893.

Zum Schlusse der gestrigen Sitzung kam noch die Frage der Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle zur Verhandlung. Berichterstatter der Kommission ist ein Russe, Plechanow, dessen Rede von Liebknecht ins Deutsche übertragen wird. Die Kommission hatte den von uns mitgetheilten Antrag der Deutschen angenommen, den der Holländer aber abgelehnt. Im Laufe der Diskussion hatte Bonnier (Frankreich) den Antrag gestellt, die ganze Frage durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses für erledigt zu halten. Smith-England hatte den Zusatz-Antrag gestellt, die Arbeiter sollten liberal dahin wirken, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verengern, die freundschaftlichen Verhältnisse zu heiligen und durch diese internationale Verbrüderung die Kriege einfach unmöglich zu machen. Nach längerer Debatte sei beschlossen worden, an der deutschen Resolution festzuhalten, sie schließe jeden chauvinistischen Gedanken aus und gewähre jeder Nation doch auch gleichzeitig die Möglichkeit, in dem durch ihre heimathlichen Verhältnisse bedingten Rahmen für Befreiung des Krieges zu wirken.

In der heutigen Sitzung führt Schmidt-Jägerndorf (Oesterreich) den Vorschlag, Bolbers-Brüssel, der heute an der Reihe war, konnte den Präsidentensitz krank, als halber nicht einnehmen. Der Kongress tritt in die Tagesordnung ein.

Die Holländer haben ihren Antrag zur Kriegsfrage in folgender neuer Fassung eingebracht:

In Erwägung, daß die nationalen Gegensätze keineswegs im Interesse des Proletariats, wohl aber in dem der Unterdrückten derselben sind;

in Erwägung, daß alle modernen Kriege ausschließlich durch die kapitalistische Klasse in deren Interesse hervorgerufen, in deren Hand ein Mittel sind, um die Macht der revolutionären Bewegung zu brechen und die Bourgeoisieherrschaft durch die Fortdauer der schimpflichsten Ausbeutung zu befestigen;

in Erwägung, daß keine Regierung sich entschuldigen kann, prosojiziert worden zu sein, da der Krieg das Ergebnis des internationalen Willens des Kapitalismus ist

erklärt der internationale sozialistische Arbeiterkongress in Zürich, daß die sozialistischen Arbeiter der in Betracht kommenden Länder eine Kriegserklärung seitens der Regierungen mit der Dienstverweigerung der Militärlieferanten der Reserve (Militär-Streit) durch einen allgemeinen Streik, besonders in all den Industriezweigen, welche auf den Krieg Bezug haben, und durch einen Appell an die Frauen, ihre Männer und Söhne zurückzuhalten, beantworten sollen.

Domela Nieuwenhuis (Holland): Man habe ihn einen Verräther, einen Revolutionär gescholten, der internationale Kongress 1888 zu Brüssel habe aber einen gleichen Antrag einstimmig angenommen, er befinde sich also in guter Gesellschaft. Die deutsche Resolution sei allgemein, Niemand im Kongress könne dagegen sein, die Allgemeinen sei aber ihr Fehler. Die holländische Resolution gebe ein Mittel zur Ausführung, deshalb sei sie besser.

Dr. Wendelsohn (Pole): Domela verkenne vollständig die politische Lage Europas. Die polnische Delegation protestiere gegen alle die Absichten und utopischen Reden, die unmöglich für eine sozialistische Partei annehmbar seien, welche mit den realen politischen Verhältnissen rechnen müsse.

Bakstai-Ungarn: Die Ungarn würden den holländischen Antrag annehmen, wenn es möglich wäre. Durchführbar sei aber nur der deutsche Antrag. Die ungarische Delegation werde geschlossen für den deutschen Antrag stimmen. (Beifall.)

Liebknecht: Ich will die heilige Sache nicht entweihen dadurch, daß ich sie auf persönliches Gebiet stelle. Ich muß aber die gegen die deutsche Sozialdemokratie gerichteten Angriffe zurückweisen. Wollten wir die Soldaten zur Desertion, zur Dienstverweigerung auffordern, so würden wir nur dem Moloch Militarismus neue Opfer überliefern, seine eiserne Faust würde uns zermalmen. Und doch muß seine Kraft gelähmt, muß er beseitigt werden. Das vermögen wir aber nicht durch kindische Verschönerungen in den Kasernen, sondern nur durch eine Agitation, die durch das ganze Land geht. (Stürmischer Beifall.) Die Massen sollen von den sozialistischen Ideen durchdrungen sein, die Leute müssen schon als Sozialisten in die Kasernen kommen, das ist das einzige Mittel zur Erreichung unseres Zieles. Und wir sind auf dem besten Wege dazu. Wie sein Vater, der Kapitalismus, so vernichtet sich der Militarismus allmählich selbst. Er zieht immer weitere Kreise und immer mehr sozialistische Rekruten in seinen Bann. Schließlich wird der Militarismus keine Schutzwehr mehr für den Kapitalismus bilden. Wir wollen den Kampf weiter führen, wie wir ihn geführt haben, bis der Militarismus niedergedrückt, getödtet ist. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Dr. Adler-Wien. Im Namen der österreichischen Delegation habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag der Deutschen stimmen werden.

Johannsen erklärt Namens der Norweger kurz, daß sie für die holländische Resolution stimmen würden, die sie für ausführbar hielten. Zwar würde sie Blutvergießen bringen, aber geringeres als ein Krieg. — Schluss der Vormittagssitzung.

Dr. Leon-América ist der Redner in der Nachmittagsitzung. Er erklärt: Die amerikanischen Delegierten werden sich der Abstimmung in dieser Frage enthalten.

Dr. Aveling-London: Mit überwiegender Mehrheit haben die englischen Delegierten sich für den Antrag der Deutschen erklärt. Die englischen Arbeiter betrachten den Krieg jetzt und immer für ein Verbrechen, denn jetzt und immer müßten die Arbeiter die Lasten tragen und ihr Blut vergießen. In der That: wir müssen einstimmig erklären, daß wir nur einen berechtigten Krieg kennen, nur einen anerkennen, den Klassenkampf. (Lebhafte Beifall.)

Bolbers-Brüssel: Die Belgier halten die deutsche Resolution nicht für ausreichend. So lange der Krieg herrscht, könne nicht der Sozialismus herrschen und deshalb solle man dem Kriege irgend den Krieg erklären. Er stelle den Antrag, Abrüstung zu verlangen und das Kriegsbudget ganz zu verweigern.

Katowski, ein Delegierter Bulgariens, erklärt in einer ausführlichen Resolution unter Hervorhebung der besonderen politischen Lage Bulgariens, daß fortwährend von russischer Invasion bedroht sei, daß die bulgarische Delegation im Prinzip ganz mit dem Antrag der Deutschen einverstanden sei und sich gegen den holländischen Antrag durchaus ablehnend verhalte.

Dejeant-Frankreich spricht sich gegen die deutsche Resolution und für die holländische im Namen der Franzosen aus.

Zurati-Mailand: Auf dem Brüsseler Kongress waren nur drei Delegierte, in Zürich seien schon 21 vertreten. Die Italiener begnügen sich, ihre Uebereinstimmung mit dem deutschen Antrag festzustellen.

11. August 1893.

Aus der gestrigen Sitzung ist noch nachzutragen: Nieuwenhuis: Auch in Holland ist der Kampf gegen den Militarismus mit Gefahren verbunden, wie der Prozeß beweist, der gegen mich wegen Aufregung zum Unsturz auf Grund meiner Brüsseler Resolution eingeleitet ist. Der sozialdemokratische Militärbund Hollands wünscht telegraphisch die Annahme der holländischen Resolution.

Bei der Abstimmung stimmen 14 Nationen gegen die holländische Resolution, nur vier Nationen, Holland, Frankreich, Norwegen und Australien dafür, bei der Abstimmung über die deutsche Resolution enthalten sich diese vier Nationen der Abstimmung, die übrigen 14 stimmen dafür. Das Amendement Bolbers (Abrüstung und Kriegsbudgetverweigerung) wird einstimmig angenommen.

In der heutigen Sitzung prüft Bolbers-Brüssel. Er bitte, von der Diskussion sich dann Gebrauch zu machen, wenn unbedingt notwendig. Er hofft heute Vormittag zwei Gegenstände der Tagesordnung, die Frage der Raifeier und der Taktik zu erledigen.

Zur Raifeier nimmt Dr. Adler-Wien als Berichterstatter der Kommission das Wort.

Der von Adler vertretene Antrag der Kommission, mit dessen zweiten Absatz die deutschen Delegierten nicht einverstanden sind, hat folgenden Wortlaut:

„1. Der Kongress erneuert den Beschluß des Brüsseler Kongresses, welcher lautet:

„Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Befreiung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongress:

Der erste Mai ist ein gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

2. Der Kongress beschließt folgenden Zusatz:

Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.“

3. Der Kongress beschließt ferner:

Die Rundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Rundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.“

Auf Debels Antrag hin wird über die drei Punkte der Resolution getrennt abgestimmt. 1 und 2 werden per Affirmation einstimmig angenommen. Für Punkt 3 stimmen 13 Nationen: Holland, Oesterreich, England (Majorität), Amerika, Italien, Spanien, Rumänien, Serbien, Belgien, Frankreich, Schweiz, Ungarn, Polen (5 dafür, 3 dagegen), dagegen Deutschland (mit allen gegen 8), Dänemark, Bulgarien, Russland. Der Stimmentgang enthalten sich Australien und Schweden.

Nach der Abstimmung erklärt Singer für die deutsche Sektion, daß die eben angenommene Resolution in den verschiedenen Sprachen verschieden laut. Hätte der deutschen derselbe Wortlaut zur Abstimmung vorgelegen, wie der englischen, so hätte die deutsche Delegation einstimmig dafür gestimmt. Der deutsche Text sage, daß jeder einzelne Versuch jeder einzelnen Gewerkschaft an jedem einzelnen Ort unterstützt werden müsse. Die englische Uebersetzung laute: „Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, die Feier des 1. Mai als einen Tag der Arbeitsruhe zu erstreben und die lokalen Organisationen in ihren Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen.“ — Auch die deutschen Genossen stimmten der Arbeitsruhe ebenso herzlich zu, wie die Oesterreicher, aber wir können uns von keinem Einzelnen Vorschriften in dieser Richtung machen lassen. (Beifall.)

In der Nachmittagsitzung kommt zunächst die Frage des Schutzes der Arbeiterinnen zur Verhandlung. Die Kommission schlägt folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die bürgerliche Frauenbewegung jede besondere Schutzgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterinnen zurückweist als einen Eingriff in die Freiheit der Frau und ihre Gleichberechtigung gegenüber dem Manne;

daß sie damit einerseits den Charakter unserer heutigen Gesellschaft unbedacht läßt, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse — der Frauen sowie der Männer — durch die Kapitalistenklasse beruht;

und andererseits die durch die Differenzierung der Geschlechter geschaffene besondere Rolle der Frau anerkennt, nämlich ihre für die Zukunft der Gesellschaft so wichtige Rolle als Mutter der Kinder;

erklärt der internationale Kongress in Zürich:

Es ist die Pflicht der Arbeitervertreter aller Länder, nachdrücklich für den gesetzlichen Schutz durch Verwirklichung folgender Maßregeln einzutreten:

1. Einführung eines ständigen Maximalarbeitstages für Frauen und eines ständigen für Mädchen unter achtzehn Jahren;
2. Festsetzung eines ununterbrochenen Ruhetages von 36 Stunden pro Woche;
3. Verbot der Nachtarbeit;
4. Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Betrieben;
5. Vor der Arbeit schwangerer Frauen 2 Wochen vor und 2 Wochen nach der Niederkunft;
6. Anstellung von Fabrikinspektoren in genügender Anzahl in all den Industriezweigen, wo Frauen beschäftigt sind;
7. Anwendung obiger Maßregeln auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Läden, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinnen beschäftigt sind.

Von einer Anzahl weiblicher Delegierter ist noch ein Amendement gestellt worden, in welchem für gleiche Leistung gleicher Lohn für Frauen- wie für Männerarbeit verlangt wird. Frau Kautsky erklärt sich als Berichterstatterin gegen das Amendement. Ein Lohngefälle bestehe nicht einmal für die Männer, die Forderung sei also undurchführbar. Das Amendement wie die Resolution werden fast einstimmig angenommen.

(Schluß folgt.)

## Soziale Rundschau.

Aus Westfalen. Die Arbeiterschutzesetze sind den Arbeitgebern in Lüdenscheid ein Dorn im Auge. Der letzte Bericht der dortigen Handelskammer enthält „gutachtliche Auskünfte, Aeußerungen und Wünsche“, in denen direkt gegen jene Bestimmungen der Gewerbeordnung geeifert wird, wonach Arbeiterinnen an Sonn- und Feiertagen und den Vorabenden von Feiertagen nach halb 6 Uhr Abends nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Daß der Fortfall von anderthalb Arbeitsstunden in der Woche eine „empfindliche Störung des gesammten Betriebes“ verursache und, wie es in dem Bericht ferner heißt, auch gegen das Interesse der Arbeiterinnen sei, glauben die Herren Großindustriellen Lüdenscheids wohl selbst nicht. Als völlig unbegründet aber werden hoffentlich die dortigen Industriellen folgenden Satz des Kammerberichtes bezeichnen: „Der den Arbeitern gewährte „Schutz“ ist oft weit entfernt, für diese eine Wohlthat zu sein; in den Kreisen der Arbeitgeber aber haben die neuen Bestimmungen geradezu Erbitterung (!) hervorgerufen.“ Glücklicherweise (!) haben wir, so heißt es in einer gutachtlichen

Küpfung, keine guten Zeiten gehabt; hätten wir sie gehabt, wären wir gar nicht in der Lage gewesen, sie in irgend einer Weise auszunutzen, denn die Bezeugung setzt dem durch Verbot des Ueberarbeitens, durch Beschränkung der Arbeitsstunden beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen" u. s. w. Eine recht sonderbare Auffassung, als ob es nicht genug Arbeitslose gäbe, die gern arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit fänden. Der Bemerkung des Berichtes gegenüber, daß die Arbeitergehörbestimmungen für die dortigen Knochfabriken unnötig seien, weil die Arbeit in diesen keine besondere Anstrengung erfordere, weist die „Rh.-W. Arb.-Ztg.“ darauf hin, daß in wenigen Städten Deutschlands so viele Arbeiter von der Schwindsucht hingerafft würden, wie gerade in Kaidenscheid.

Der Streik in England dehnt sich immer weiter aus. In Northwiltshire saßen 6000 Bergleute den Beschluß, sofort eine 20prozentige Lohnerhöhung zu fordern, da die Lohskala, welche sich nach den Kohlenpreisen richte, eine große Ungerechtigkeit gegen die meisten Arbeiter sei. Eine in Venize von Vertretern von 30 000 streikenden walisischen Bergleuten abgehaltene Konferenz forderte 20 Prozent Lohnerhöhung. — Die Blechfabriken in den Distrikten Maaßly und Swansea kündigten ihren Arbeitern, wodurch 5000 Leute einwillen um ihre Beschäftigung kommen. Von Sheffield wird gemeldet, daß die Kohlenvorräte in Süd-Yorkshire auf die Neige gehen. Die Bergleute erklären, daß ihrerwegen der Streik bis zum November dauern könne.

## Korrespondenzen.

**Hannover-Binden.** In der Mitglieder-Versammlung vom 5. August 1893 sprach Genosse Göbel über das Thema: „Die Lebenslage der Arbeiter“. Redner führte aus, daß die Grundlage des Nährstoffes aus Kohlenstoff, Wasserstoff, Stickstoff, Sauerstoff und Eiweiß bestehe, und legt die einzelnen Theile in sehr eingehender Weise klar, die Kunstbutter besitze dieselben Nahrungstoffe wie die Naturbutter, durch die verschiedenartige Zubereitung sei erstere im Geschmack nicht so gut wie letztere. Eiweiß, Fett und Kohlenhydrat seien die wichtigsten Theile des Nahrungstoffes. Kohlenstoff besteht aus Stärke, Zucker, Dextrin, Fett aus Pflanzen und Thieren; Wasserstoff aus Hydrogencyanid, Glycerin, Wasserdampf. Schweinefett besteht 25—30 Prozent, Rindsfett 40—50 Prozent, Hammelfett 60—70 Prozent Eiweißgehalt. Die Butter bestehe aus Glycerin mit Säure, Stearin, Del, Butterfäure, Eiweiß, Fette (Margarin-Butter enthält nur 0,7 Prozent Eiweiß). Kohlenhydrat zerfällt sich aus 100 Theilen Fett — 172 Theilen Kohlenhydrate. Die tägliche Absonderung des Körpers beträgt: 2818 Gramm Wasser, 281 Gramm Kohlenstoff, 39 Gramm Wasserstoff, 18,8 Gramm Stickstoff, 94,8 Gramm Sauerstoff, 32 Gramm Salz, diese verteilen sich auf die Ausscheidung 32 Prozent, Hautausscheidung 17 Prozent, Harn 46,5 Prozent, Stuhl 4,5 Prozent. Die ausgeschiedenen Stoffe, welche ungefähr den 1/10 Theil des Körpergewichtes ansprechen, müssen dem Körper in bestimmten Pausen wieder zugeführt werden. Obige Berechnung ist vom Professor E. Voit aufgestellt worden, welcher für jeden Arbeiter 198 Gramm Fleisch zur Nahrung unbedingt erforderlich hält. Redner kritisiert sodann den Rühnzettel, welchen der Kaplan Hise ausgegeben, nach welchem eine Familie von 5 Köpfen mit 30—50 Pfg. täglich leben könnte, ebenso die Berechnungen, welche der Graf v. Kumpford und Dr. Meinert aufgestellt haben, weist auf den wachsenden Konsum des Pferdefleisches hin, welcher in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen habe und erklärt, daß der Genuß desselben nicht so sehr zu empfehlen sei. Redner kommt sodann auf die engen Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, welche zur Entkräftigung des menschlichen Körpers sehr viel beitragen, zu sprechen. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seines gut gehaltenen Vortrages. Nachdem die Fragekasten-debatte und verschiedene innere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

**Barmen.** Mitglieder-Versammlung vom 29. Juli im Lokale des Herrn Söngen am Altenmarkt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Bericht der Vergütungskommission, 3. Verschiedenes. Als der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, berichtete Kollege Prüster von der Kommission, daß der Auszug nicht am 20. August, sondern am 27. August stattfinden müsse, weil wir am 20. kein passendes Lokal bekommen können. Es wurde demgemäß beschlossen und als Tag des Auszuges der 27. August und als Ziel Hartzfeld (Lokal des Herrn Wesper) bestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde auf die Versammlung im Central-Hotel, betreffend Gründung eines Allgemeinen Arbeiter-Vereins, aufmerksam gemacht. Von verschiedenen Seiten wurde empfohlen, wenn es zur Abstimmung komme, dafür zu stimmen. Die Versammlung beschloß, demgemäß zu verfahren.

**Barmen.** Die hiesige Zahlstelle hielt am Donnerstag, den 3. August, ihre Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem der erste Punkt durch „Mitglieder-Aufnahme“ erledigt war, wurde vom Delegierten über die beiden Kartellstiftungen Bericht erstattet, welche am 10. und 20. Juli stattgefunden haben. Zu diesem Punkte wurde beschlossen, daß bei Ausbruch eines Streiks dem Vorstand und der Agitationskommission bis zu 50 Mk. zur Verfügung stehen sollen, welche dem Streikkomitee überwiesen werden. Ferner wurde beschlossen, daß jedes Mitglied den Kartellbeitrag selber zu entrichten hat. Sodann erfolgte die Abrechnung vom zweiten Quartal; dieselbe ergab eine Einnahme von 322,45 Mk. und eine Ausgabe von 246,80 Mk., an die Verbandskasse sind gesandt 204,80 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Abrechnung der Agitationskommission ergab eine Einnahme von 117,50 Mk. und eine Ausgabe von 53,20 Mk., bleibt Kassenbestand 64,30 Mk. Ferner wurde die Abrechnung vom Sommerfeste verlesen; dieselbe ergab einen namhaften Ueberschuß, welcher der

Agitationskasse überwiesen wurde. Betreffs unser Annoncenentspann sich eine Debatte; es wurde beschlossen, die Hauptpunkte der Tagesordnung mit bekannt zu machen. Dem Vorschlag, ein Stiftungsfest in diesem Jahre abzuhalten, wurde von der Versammlung zugestimmt und dem Festkomitee, in welches drei Mann gewählt wurden, das Weitere überlassen. Betreffs Gründung eines Jahresspendenvereins wurde beschlossen, einen solchen einzurichten. Hierzu wurden drei Mann gewählt, welche das Weitere zu regeln haben. Die Unterstützungs-Kommission wurde durch Frau Raab und Kollegen Seibert verstärkt, worauf der Schluß der Versammlung erfolgte.

Dieselbe Zahlstelle hielt am Sonntag, den 6. August, eine Mitglieder-Versammlung in Winterhude ab. Es wurde besprochen, wie in Winterhude eine Zahlstelle zu gründen sei. Vom Vorsitzenden wurde bemerkt, daß schon Jahre lang unser Bestreben gewesen sei, in Winterhude festen Boden zu fassen, daß schon verschiedene Versammlungen abgehalten und Flugblätter verbreitet seien, aber Alles vergeblich gewesen wäre. Jetzt in letzter Zeit hätten sich verschiedene Kollegen dem Verbände angeschlossen und sei die Mitgliederzahl von 9 auf 50 gestiegen. Da es der Wunsch der Winterhuder Kollegen ist, dieselbe eine eigene Zahlstelle zu gründen; wurde dem zugestimmt. Den Kollegen und Kolleginnen wurde noch an's Herz gelegt, dem Verbände treu zu bleiben und nicht den Muth wieder sinken zu lassen. Zimmer tapfer vorwärts streben, immer stramm agitieren, damit immer die noch fernstehenden Kollegen herangezogen werden! Sodann erhielt Genosse A. Junge zu einem Vortrage über „Das Bagabundenthum und den Vortheil der geregelten Arbeitszeit“ das Wort. Dieser Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gemacht, daß in September eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, und wurden die Kollegen und Kolleginnen ersucht, auch dazu zahlreich zu erscheinen.

**Frankfurt a. M.** In der am 5. August 1893 stattgehabten General-Versammlung des hiesigen Zweigvereins wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen und von den Revisoren für richtig befunden, worauf die Versammlung dem Kassierer Decharge erteilte. Zum nächsten Punkt, „Wahl einer Agitationskommission“, wurde nach lebhafter Diskussion und in der Hoffnung, daß die Kommission mehr leiste als die vorhergehende, eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Zum „Verschiedenen“ ist folgender Antrag eingelaufen: „Ich beantrage, einen neuen ersten Bevollmächtigten auf Grund des § 7, Absatz B, zu wählen.“ Hierüber entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Verschiedene Mitglieder erklärten, daß ein solches Vorgehen gegen den ersten Bevollmächtigten nicht gerecht wäre, da Kollege Flemming zu seiner Vertretung nicht anwesend sei, insofern war die überwiegende Mehrzahl auf Grund der in voriger Versammlung in Gegenwart des Kollegen Flemming über diesen Punkt stattgefundenen Diskussion der Ansicht, daß sich eine andere Persönlichkeit wohl besser zum Vorsitzenden eigne, und so wurde denn der Antrag gegen eine Stimme angenommen. In der hierauf folgenden Wahl wurde Kollege Lang einstimmig als erster Bevollmächtigter bis zum Ablauf des Geschäftsjahres gewählt. Kollege Lang wohnt Burgstraße 32, erste Etg.

N.B. Reiseunterstützung wird ausbezahlt beim Kollegen Haas, Schnurgasse Nr. 42, dritte Etg., Eingang Graubengasse Nr. 3, Mittags zwischen 1 und 2 Uhr und Abends zwischen 7 und 8 Uhr.

**Hamburg.** Die hiesige Zahlstelle hielt am Mittwoch, den 9. August, im Lokale des Herrn Raum, „Leffinghale“, ihre Versammlung ab. Den Bericht vom Gewerkschaftstaktik erstattete Kollege Möller. Zum Kapitel „Agitation“ fragte Kollege Reinde an, was die Agitations-Kommission in Sachen Butter-Wilhelmsburg thun wolle. Kollege Möller erwiderte, daß der Vorstand in dieser Sache schon Stellung genommen, und daß die Rothenburgsorter Kollegen beschloßen haben, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, er bitte die Kollegen, bei dieser Versammlung uns mit zu unterstützen. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen spricht ihre Mißbilligung über das Verhalten des Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Partei für Wilhelmsburg aus und verlangt von den Genossen Wilhelmsburgs, denselben von seinem Posten zu entheben, da derselbe nicht würdig ist, einen solchen Posten zu bekleiden und der gewerkschaftlichen Organisation hindernd im Wege steht.“ Ebenfalls angenommen wurde folgender Antrag: „Die heutige Mitglieder-Versammlung verpflichtet, die Rothenburgsorter Kollegen bei der öffentlichen Versammlung in Wilhelmsburg zu unterstützen.“ Nachdem hierauf der „Verwaltungsentwurf“ von der Tagesordnung abgelehrt worden war, verlas der Kassierer die Abrechnung; dieselbe ergab eine Einnahme von 80,60 Mk. und eine Ausgabe von 24,60 Mk., an die Verbandskasse wurden 56 Mk. abgesandt. Es wurde hierauf vom Kollegen Liebcher die Abrechnung vom Sommerfest verlesen, welche nach vorläufiger Zusammenstellung eine Einnahme von 342,36 Mk. und eine Ausgabe von 256,24 Mk. ergab. Zur weiteren Erledigung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission von 3 Mitgliedern gewählt. Hierauf wurde Kollege H. Schmidt II als Ausschußmitglied und als Revisor Kollege Döring und Cordes gewählt. Außerdem wurden noch folgende Wahlen vorgenommen: Zum ersten Bevollmächtigten Kollege Liebcher, als Delegierter zum Gewerkschaftstaktik Kollege Möller, Stellvertreter Kollege Kruse, als Hülfskassierer Döring II und Schmidt I und in die Agitations-Kommission noch fünf Kollegen. Nach einem Schlußwort des neugewählten Bevollmächtigten, der zum weiteren festen Zusammenschluß ermahnte, ging die Versammlung auseinander.

**Langensfeld-Steinungen.** Die hiesige Zahlstelle hielt am Freitag, den 4. August, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Nutzen der Organisation, 2. Abrechnung, 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Genosse

Sabat aus Hamburg das Wort. Da über dieses Thema schon vielfach im „Proletarier“ berichtet worden ist, glauben wir von einer Wiederholung des Referats Abstand nehmen zu können. Zum zweiten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung, welche eine Einnahme von 82,16 Mk. und eine Ausgabe von 16,15 Mk. ergab. An die Verbandskasse wurden 59,32 Mk. abgeliefert. Hierauf las Genosse Voh die Abrechnung vom Sommervergnügen vor, es ist ein namhafter Ueberschuß erzielt worden. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. Zum Punkt „Verschiedenes“ erstattete Genosse Voh Bericht von der Agitation und bemerkte, daß es vorderhand nicht möglich sei, in Uetersen eine Zahlstelle zu gründen. Wenn dieselbe die Fabrikarbeiter sich einem Verein anschließen, so würden sie sofort gemahregelt werden. Redner führte als Beispiel an, daß Arbeiter von der Zement-Fabrik, welche sich in der Agitations-Kommission zur Reichstagswahl befanden, sogleich gemahregelt wurden, indem die dortige Polizeibehörde Hand in Hand mit den Fabrikanten gehe, dagegen sei in Pinneberg eine Zahlstelle errichtet. (Siehe Versammlungs-Bericht.) Alsdann stellte Genosse Voh den Antrag, in Elmshorn und Neumünster gleichfalls eine Zahlstelle zu errichten. Genosse Schnoor stellte den Antrag, diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, was nach längerer Debatte geschah. Hierauf erstatteten die Hülfskassierer Bericht und bemerkten, daß etliche Mitglieder ihre rückständigen Beiträge nicht entrichten wollen. Der Vorsitzende erklärte, daß die betreffenden Mitglieder wiederholt schriftlich aufgefordert seien, Beiträge zu entrichten. Es wurden nunmehr 9 Mitglieder angeschloßen und deren Namen bekannt gegeben. Alsdann stellte der Vorsitzende den Antrag, daß Agitationsmarken angeschafft würden, welche der Agitations-Kommission zur Verbreitung überwiesen werden sollen. Jedoch wurde dieser Antrag gleichfalls zurückgestellt. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Am 8. August tagte eine öffentliche Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen im Lokale des Herrn Voh in Steinungen. Zum ersten Punkt, „Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse“, erhielt Genosse Sabat aus Hamburg das Wort und vollendete seinen Vortrag in glänzender Weise. Sodann sprach Genosse Lorenz und machte es den jungen Leuten zur Pflicht, unter den Platteinen zu agitieren und dieselben zu unserem Verbände heranzuziehen. Im „Verschiedenen“ führte Frau Grebe aus, daß die Mitglieder der Zahlstelle Langensfeld des Vereins der Platteinerinnen einstimmig beschloßen hätten, sich aufzulösen und unserem Verband beizutreten. Zuletzt wurde vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß die Betreffenden, die keinem Verband angehören und dem untrigen beitreten wollen, sich nach Schluß der Versammlung bei ihm melden können; es ließen sich mehrere Mitglieder aufnehmen.

**Lüneburg.** Auf Veranlassung der Harburger Kollegen tagte hier am Sonntag, den 6. d. Mts., eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen im Lokale des Herrn Peter Meyer. Ein Flugblatt, welches uns die Harburger zur Verbreitung übergaben, lud die hiesigen Fabrikarbeiter ein, zur Versammlung zu kommen. Auch einige Harburger Kollegen kamen mit einem Referenten. Es war die Versammlung jedoch nur mäßig besucht. Der Einberufer Niedlinger wurde als Vorsitzender gewählt und erhielt derselbe dem Referenten Jacobs das Wort. Der Redner führte in klaren Zügen unter Heranziehung vieler Vergleiche und Beispiele den Anwesenden die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich zu organisieren. Nachdem Martens-Harburg noch einige Erläuterungen des Verbandsstatuts gegeben, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 6. August, in Peter Meyer's Versammlungslokal stattfindende öffentliche Arbeiterversammlung erklärt sich mit dem Referenten vollständig einverstanden. In Erwägung, daß durch die heutige kapitalistische Produktionsweise, als deren Begleiterscheinung die immer größer werdende Arbeitslosigkeit auftritt und hierdurch auch die Löhne auf ein solches Minimum herabgedrückt werden, welche es den Arbeitern nicht ermöglicht, auch nur das Nothdürftigste für sich und die Ihrigen zu beschaffen, verpflichtet sich die heutige Versammlung mit aller Kraft dafür einzutreten, eine Organisation in's Leben zu rufen und auch zu erhalten, um endlich dem Kapital einen widerstandsfähigen Damm entgegenzusetzen, damit demselben wenigstens einigermaßen günstigere Arbeitsbedingungen abgerungen werden können.“ Es ließen sich eine Anzahl Anwesende als Mitglieder einzeichnen und wurde dann ein provisorischer Vorstand gewählt.

**Pinneberg.** Am 2. d. Mts. fand hier selbst eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen von Pinneberg und Umgegend statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse und die Arbeiter-Organisationen, 2. Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes, 3. Verschiedenes. Um 8 1/2 Uhr eröffnete Kollege Preuß die von ca. 400 Personen besuchte Versammlung. Zum 1. Punkt der Tages-Ordnung erhielt Frau Rähler-Wandsbeck das Wort. Die Referentin erledigte sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise und forderte die Anwesenden am Schluß ihrer Ausführungen auf, sich unserem Verbände anzuschließen. Reicher Beifall wurde der Rednerin zu Theil. Zum 2. Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Voh-Langensfeld das Wort, legte kurz die Nothwendigkeit der Gründung einer Zahlstelle dar und erläuterte alsdann das Statut des Verbandes. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, ließ der Vorsitzende darüber abstimmen, ob die Pinneberger Kollegen für Errichtung der Zahlstelle seien, was einstimmig angenommen wurde. Hierauf wurde die Versammlung auf kurze Zeit, zwecks Aufnahme neuer Mitglieder, vertagt. Es ließen sich 40 Personen, darunter 17 Frauen, aufnehmen. Nach Wiederöffnung der Ver-

sammlung schritt man zur Wahl des provisorischen Bevollmächtigten und wurde Kollege E. Ruhn einstimmig gewählt. Der Vorsitzende forderte alsdann die Anwesenden auf, sich gleichfalls dem Verband anzuschließen und in den Versammlungen zahlreich zu erscheinen. Hierauf erhielt, da sich niemand mehr zum Wort meldete, Frau Köhler das Schlusswort, alsdann erfolgte um 10 1/2 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiter-Bewegung der Schluss der Versammlung.

**Rothenburgsort.** In der General-Versammlung vom 26. Juli wurde zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal vertlesen. Diefelbe ergab bei 187 Mitgliedern eine Einnahme von 105 Mt. 35 Pfg., die Ausgabe betrug 160 Mt. 72 Pfg. Davon gingen an die Verbandskasse 108 Mt. 27 Pfg., es bleibt ein Kassenbestand von 4 Mt. 63 Pfg.; der Kassierin wurde Entlastung erteilt. Sodann berichtete der Vorsitzende über Missstände in der Guano-Fabrik, Kanalstraße; unter Anderem ist da eine Delantenne verloren gegangen im Werte von circa 30 Pfg., wofür jedem Arbeiter, 20 an der Zahl, 5 Pfg. abgezogen wurden, macht zusammen 1 Mt. Man sieht hieraus, daß die Herren sich nicht scheuen, durch das schandvolle Strafsystem von den lauer verdienten Groschen der Arbeiter noch extra einen Profit für sich herauszuschlagen. Auch ist da vor kurzer Zeit ein Sandstücken während der Mittagspause zusammengedrückt, wodurch, wenn es während der Arbeitszeit geschähen wäre, ein Unglück unvermeidlich gewesen wäre. Der überwachende Beamte wurde ersucht, dieses zur Anzeige zu bringen, damit die Fabrik auf ihre baulichen Zustände untersucht werde. Hierauf erstattete Kollege Rahndt Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Den Vorstands-Mitgliedern sowie den Delegierten wurden für jede Sitzung 40 Pfg. bewilligt, die Hilfskassierer erhalten 10 Prozent der einkassierten Beiträge. Als Revisorin wurde Frau Kallenthaler gewählt. Der Vortrag wurde wegen der vorgehenden Zeit von der Tagesordnung abgesetzt und die Versammlung geschlossen.

Die hiesige Zahlstelle hielt am 6. August eine Mitglieder-Versammlung ab. Es wurden verschiedene Abrechnungen vorgelegt. Die Versammlung bemängelte, daß die Abrechnung der Agitations-Kommission nicht fertig gestellt war. Ueber die Abrechnung vom Sommervergügen entspann sich in Folge von Differenzen eine sehr erregte Debatte und wurde eine Kommission von 6 Personen gewählt, welche die Sache untersuchen und in nächster Versammlung Bericht erstatten soll. Hierauf wurde vom Vorsitzenden berichtet, daß in der Reismühle am Bullenhuserdamm die Arbeiter von Morgens 6 bis Abends 11 Uhr arbeiten müssen bei einem Lohn von 35 Pfg. die Stunde, wofür sie Säcke und Gewichte von 220 Pfund treppauf tragen müssen. Dabei ist es ihnen untersagt, sich während einer kleinen Pause niederzusetzen, es ist ihnen sogar verboten, während der Arbeitszeit mit einander zu sprechen; ferner hat der Umstand, daß eine Kolonne Affordarbeiter, welche die leichteren Säcke, 180 bis 190 Pfund, tragen, 60 bis 70 Mark (?) wöchentlich verdienen, bei den Lohnarbeitern Unwillen erregt, da sie bei der schweren Arbeit und der langen Arbeitszeit zu wenig verdienen; es wurde hervorgehoben, daß es unsere Aufgabe sei, dahin zu wirken, daß die Affordarbeit ganz beseitigt würde. Hierauf kam das Verhalten des Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Partei, Herrn Paul Butter in Wilhelmshurg, zur Sprache; letzterer hatte in einer Versammlung, welche von Harburger Kollegen am Sonntag, den 28. Juli, in Wilhelmshurg, zwecks Gründung einer Zahlstelle einberufen worden war, erklärt, „es sei ein Unfinn, dort eine Zahlstelle gründen zu wollen, er wolle die Wilhelmshurger Arbeiter davor bewahren, daß ihnen das Geld unnötiger Weise aus der Tasche gelockt würde“, wodurch dann auch die Gründung der Zahlstelle vereitelt wurde. Die Handlungsweise des Herrn Butter wurde scharf getadelt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Zahlstelle: Rothenburgsort, spricht ihre Mißbilligung über das Verhalten des Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Partei in Wilhelmshurg aus und verlangt von den Parteigenossen in Wilhelmshurg, ihn von seinem Posten zu entheben, da derselbe der Gewerkschaftsbewegung entgegentritt und nicht würdig ist, einen solchen Posten zu bekleiden.“ Zum Schluß wurde bestimmt, in nächster Zeit in Wilhelmshurg eine öffentliche Versammlung abzuhalten.

**Allgemeine Deutsche Zuschuß-, Kranken- und Sterbekasse Mainz.**  
**Bekanntmachung.**

Indem durch Beschluß der außerordentlichen General-Versammlung vom 21. und 22. Mai d. J. die Frauen-Sterbekasse vom 1. Juli nach einem anderen Systeme geführt wird, so richten wir hierdurch die Aufforderung an unsere Ortsverwaltungen, bei den Mitgliedern Umfrage zu halten, wer genehmigt ist, dieser Kasse beizutreten, und aus das Resultat mitzutheilen, damit wir die nötigen Bücher und Marken senden können. Diejenigen Ortsverwaltungen, welche bereits Mitglieder zu verzeichnen haben, ersuchen wir, die nötigen Marken zu bestellen, damit bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die betreffende Statutenänderung mitverleitet werden kann.

Wir weisen noch gleichzeitig darauf hin, daß bei jeder Quartalsabrechnung eine Einnahme- und Ausgabebilanz der Frauen-Sterbekasse mit eingesandt werden muß; dieselbe kann auf einem gewöhnlichen Fotiobogen hergestellt sein, da hierzu keine Formulare vorhanden sind. Die Zentral-Verwaltung wird sodann am Schlusse eines jeden Rechnungsjahres eine Hauptabrechnung stellen. Bezüglich der Krankenkasse bemerken wir, daß die neuen Statuten bereits dem Großherzoglichen Kreisamt zur Genehmigung vorgelegt haben und sind dieselben, behufs einiger redaktioneller Verbesserungen, wieder in unsere Hände gelangt. Da die Redaktionskommission die Sache beschleunigt hat, so steht zu erwarten, daß wir die Genehmigung recht bald haben werden. Es empfiehlt sich nun, daß die Umwandlung, bezw. die Anmeldung zu den höheren Beitragsklassen rechtzeitig bewerkstelligt werden, und ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen, Bestellungen auf die Marken zu 40 Pfg. und 30 Pfg. zu machen.

Da die Anforderungen um Zuschuß aus der Hauptkasse sich in der letzten Zeit gehäuft haben, woraus sich ergibt, daß die Krankheitsfälle in den betreffenden Filialen sich vermehrt haben, können wir nicht umhin, auf die oft geradezu mangelhafte Krankentrolle hinzuweisen. Wir ersuchen deshalb die Beamten der Ortsverwaltungen, darauf hinzuwirken, daß eine strenge Handhabung stattfindet, und besonders sich darnach zu erkundigen, ob Leute, welche in einer anderen Krankenkasse ausgeschloffen wurden, als Simulanten gekennzeichnet waren. Ebenso bitten wir, bei der Aufnahme von Mitgliedern ebenfalls vorsichtig zu Werke zu gehen, damit derartige Elemente von der Kasse fern gehalten werden.

Zuletzt weisen wir noch darauf hin, daß die Agitation nunmehr, da uns die Genehmigung der Statuten gewiß ist, energig betrieben werden soll; besonders kann nicht genug empfohlen werden, ein Augenmerk auf die Lokalfassen zu richten, da in § 3 der Statuten deren Mitglieder in corpore aufgenommen werden können und dürfte sich empfehlen, durch die Vorstände dieser Klassen die später erscheinenden Statuten unter den betreffenden Mitgliedern zu verbreiten.

Für den Zentralvorstand  
Jos. Niedreich, erster Vorsitzender.

**Bekanntmachung der Hauptkasse.**

Gelder gingen vom 1. Juni bis 1. Juli von folgenden Filialen ein:

Sarsfeld 50 Mt., Schierstein 40 Mt., Pasing 50 Mt., Bergedorf 50 Mt., Bickrich 100 Mt., Wiesbaden 40 Mt., Spandau 70 Mt.

Von Einzelmitgliedern gingen ein:  
Von R. Mayer, Königheim (L.) 5,25 Mt., Fr. Stengert, Niederbach 3,95 Mt., Uhlitz u. Biech, Dessau 5,20 Mt., Chr. Staubitzer, Sonnenberg 5 Mt., Frz. Krauß, Dessau 2,80 Mt.

Zuschuß erhielten:  
Jöstein (L.) 50 Mt., Berlin (S.) 24 Mt., Höcht a. M. 75 Mt., Gau. Wer 100 Mt., Dresden 40 Mt., Ginzheim 50 Mt., Bonames 100 Mt., Wombach 60 Mt., Berlin (N.-W.) 50 Mt., Nienburg a. W. 30 Mt., Kastel 30 Mt., Nürnberg 30 Mt., Gonsenheim 50 Mt., Harburg (Elbe) 50 Mt.

Krankengeld erhielten:  
Th. Lindemann, Dessau 60 Mt., H. Siebert, Celle i. S. 56 Mt.

Diese Bekanntmachung war schon für die vorige Nummer bestimmt, mußte jedoch wegen Mangel an Raum zurückbleiben.

Wir ersuchen um die allbaldige Einsendung der Abrechnungen vom zweiten Quartal; die Hauptabrechnung vom vierten Quartal 1892 und ersten Quartal 1893 ist bekanntlich in der vorigen Nummer des „Proletarier“ erschienen.

Diejenigen Filialen, welche die Neuwahlen in der Ortsverwaltung, gemäß § 22 K des Statuts, noch nicht vorgenommen haben, sind gehalten, dieselben vorzunehmen und das Resultat derselben einzusenden, damit wir ein neues Abrechnungsverzeichnis im Organ bekannt geben können.

Jos. Niedreich, 1. Vorsitzender.  
Zentralbureau: Gaustraße 8.

**Versammlungs-Kalender.**

**Barmen.**

Sonntag, den 26. August 1893, Abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Söngen am Altenmarkt 7. 6. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Es wird gebeten, daß alle Mitglieder mit ihren Freunden erscheinen. Es wird noch besonders auf den Ausflug am 27. August aufmerksam gemacht.

**Braunschweig.**

Versammlungen finden jeden Dienstag Abend nach dem 1. und Sonntags Nachmittags 4 Uhr nach dem 15. eines jeden Monats bei Boelcke Knochenhauerstraße, statt.

**Celle.**

Sonntag, den 20. August 1893, Abends 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Boß. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Abrechnung vom 2. Quartal; 3. Fragekasten und Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, doch wenigstens so zahlreich zu erscheinen, daß eine Versammlung stattfinden kann.

**Hannover.**

Sonntag, den 2. September, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im kleinen Saale des Volkshofes. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

**Langensfeld-Stellingen.**

Dienstag, den 22. August 1893, Abends 8 1/2 Uhr: Extra-Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Peter Voß in Straken. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Frauenbewegung.“ 2. Schließen wir uns dem Altonaer Gewerkschaftskartell an? 3. Unser Stützpunkt. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen, da unter „Verschiedenes“ die Anträge von der letzten Mitglieder-Versammlung zur Verhandlung kommen.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Ort	Bevollmächtigter	Straße
Altona	M. Barschat	Norderstraße 42, 1. Stg.
Barmbeck b. Hamb.	M. v. Böhlen	Flachland 27.
Barmen	M. v. d. Wenden	Kalkofstraße 63.
Bergedorf	G. Krismannshy	Kamp, 2. Querstraße 14 b.
Bielefeld	Karl Kästel	Luerstraße 36.
Braunschweig	A. Kappelath	Kreuzstraße 73, 1. Stg.
Celle	Th. Geurich	Schornebergergasse 11.
Danzig	Pieppohn	Legan bei Danzig.
Düsseldorf	Theodor Jansen	Herzogstraße 85, II.
Frankfurt a. M.	Gustav Flemming	Gurgstraße 80.
Gadebusch	Joh. Lorenz	Järberstraße.
Hagen i. W.	K. Brandan	Kernbergstraße 9.
Hamburg	H. Meyer	Reinholdstraße 4, 3. Stg. Eimsbüttel.
Hannover	A. Lohrberg	Klostergang 4 a.
Harburg	H. Martens	Marzstraße 11, 2. St.
Helmstedt	Fr. Gerede	Gartenfreiheit 5.
Hersford	Sabelquast	Rosenstraße 166.
Höcht am Main	Conrad Müller	Staufenstraße 52.
Kassel	R. Dietrich	Schloßstraße 33.
Kassel bei Mainz	Sal. Schworm	Rochstraße 130.
Kiesfeld	Muländer	Kirchroderstr. 14, 2. St.
Langensfeld-Stellingen	Friedr. Voß jun.	Bahrenfelderweg.
Mainz	Joh. Jost	Gangstraße 10.
Merseburg	Herm. Kuyner	Saalkstraße 4.
Offenbach a. M.	Albrecht Ortlepp	Französisch Gäßchen 17, Vorderhaus.
Rhein-Weffalen	Klein	Tiefstraße 370.
Ridlingen	Konrad Behusen	Ridlingen.
Rothenburgsort	G. A. Lorenz	Bierländerstr. 130 Hb II.
Schiffbeck bei Hamburg	J. Winkemann	Hörnerstraße 23.
Schöningen	H. Lehmann	Hötensleberstraße.
Wandsbeck	Aug. Behn	Neue Wendemuthstr. 27 a, Hinterhaus.
West-Weffalen	Adolf Graaf	An der Höhe 485.
Wedel (Holstein)	Ernst Jennerich	Schulau.

**Inserate.**

Restauration u. Schenkwirtschaft von August Jürgens, Genoss. Wochstraße Nr. 20, empfiehlt erst. Mittagstisch, 45 Pf., ff. Bier und kleine Lagen. Jeden Sonntag: Puffer.

**Frankfurt a. M. Der Verkehr**

der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in der Centralherberge sämtlicher Gewerkschaften, „Zum Prinzen Carl“ Alte Mainzerstraße.

Ein Seitenstück zum „Kleinen Meyer“.

Für den Geschäftsman, Beamten, Gewerbetreibenden, Zeitungsleser, kurz für alle, welche für jede geographische Frage ein übersichtliches, zuverlässiges Kartenmaterial stets und bequem zur Hand haben wollen, ist



Das geeignetste, billigste, geographische Hilfsmittel im handlichsten Buchformat.

In Halbfranz gebunden 10 Mark (6 Fl. 6 W.) oder in 17 Lieferungen zu je 50 Pf. (30 Kr.).

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien.

**Aufforderung.**

Die Bevollmächtigten sämtlicher Zahlstellen werden hiermit aufgefordert, sobald sich das Mitglied Ludwig Sievers, Mitgliedsbuch Nr. 1410, aus Rothenburgsort bei Hamburg, meldet, keine Unterstützung zu gewähren, da Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und seinen Aufenthalt mir zu melden. Es liegt auch im Interesse des Mitgliedes Sievers, sich bei mir zu melden.

Im Auftrage der Untersuchungskommission:  
H. Sack, Hamburg, Bullenhuserdamm 60, 1. Stg., links.

**Frankfurt a. M.**

Allen Kollegen und Genossen empfehle in hübscher Auswahl: Neuheiten in Buckskin, Kammgarn, Cheviot, äußerst haltbare Tuche zu Strapaziranjügen, Damen-Kleiderstoffe, Hemdenstoffe, Schürzenzeuge, Bettzeuge, Handtücher, Wafdruk etc.

Bestellung per Postkarte genügt.  
**Gustav Flemming, Burgstraße 80.**